

DEUTSCHLAND

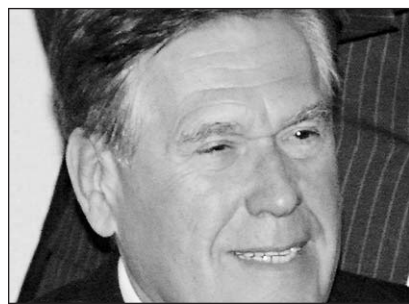
Betreuungsgeld für unter Dreijährige gefordert

BERLIN. Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) macht sich als Ergänzung zum geplanten Krippenausbau für ein Betreuungsgeld von 150 Euro im Monat stark, das Eltern von unter Dreijährigen bekommen sollen. „Mit einem Betreuungsgeld und einem ausreichenden Krippenangebot würde man die Voraussetzung für echte Wahlfreiheit schaffen“, sagte Althaus.

Gegen Schönheits-OP

BERLIN. Die Union will dem Schönheitswahn bei Jugendlichen einen Riegel vorschieben und Eingriffe für unter 18-Jährige verbieten. Der Antrag werde von den Fachpolitikern auf den Weg gebracht. Solche Eingriffe sollen nur noch erlaubt sein, wenn sich zwei Ärzte unabhängig voneinander aus medizinischen Gründen dafür aussprechen.

„Steuern müssen runter“



BERLIN. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) hält an seiner umstrittenen Steuersenkungs-Forderung fest. „Wenn die Konsolidierungsaufgabe erfüllt ist, stellt sich die Frage, wie es weitergeht.“ Er wolle neuen Ausgabenprogrammen einen Riegel vorschieben.

Archivfoto: dpa

EUROPA

Russische Polizei prügelt auf Demonstranten ein

MOSKAU. Mit Gewalt hat die russische Polizei in Moskau und St. Petersburg Proteste gegen Präsident Wladimir Putin aufgelöst. 350 Demonstranten wurden vorübergehend festgenommen. Korrespondenten der deutschen Fernsehsender ARD und ZDF wurden vorübergehend in Gewahrsam genommen.

„Angebot an Moskau“

PRAG. Beim Aufbau des geplanten US-Raketenabwehrsystems in Osteuropa streben die USA eine Zusammenarbeit mit Russland an. „Wir wollen kein Wettrennen mit Russland, sondern suchen hier schon lange einen Weg zur Zusammenarbeit“, sagte der Chef der US-Raketenabwehrbehörde MDA, General Henry A. Obering, in Prag. dpa

WELT

Deutsche Tornados fliegen ersten Einsatz

MASAR-I-SCHARIF. Tornados der Bundeswehr sind erstmals einen Aufklärungsflug für die Nato in Afghanistan geflogen. Die beiden Maschinen kehrten nach 95 Minuten Flugdauer auf das Flugfeld im nordafghanischen Masar-i-Scharif zurück. Nach der Landung wurden die Filme der Tornado-Kameras zur Auswertung gebracht.

Unschuldige erschossen

WASHINGTON. US-Soldaten haben nach einem Untersuchungsbericht des Militärs zehn unschuldige Zivilisten in Afghanistan getötet. Sie hatten fälschlicherweise behauptet, nach einem Selbstmord-Attentat unter Beschuss geraten zu sein. Dafür gibt es aber keine Beweise, so der Bericht. dpa

Redaktion: Reinhard Brennecke

Thema des Tages Günther Oettinger

Nach seiner Trauerrede für Hans Filbinger stand Baden-Württembergs Regierungschef unter heftigem Druck. Gestern Abend entschuldigte er sich für Teile der Rede.



Günther Oettinger (CDU) ist gestern auf Distanz zu einzelnen Passagen seiner Trauerrede für seinen Vorgänger Hans Filbinger gegangen. Oettinger sagte, er habe nie behauptet, Filbinger sei ein Widerstandskämpfer gegen die Nationalsozialisten gewesen. Er verteidigte Filbinger allerdings erneut. Archivfoto: ddp

Oettinger entschuldigt sich bei Nazi-Opfern

Ministerpräsident bedauert Missverständnisse, bleibt aber bei seiner Aussage

STUTT GART. Die harsche Kritik an Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger wegen dessen Trauerrede für Hans Filbinger hat gestern Abend Wirkung gezeigt: Oettinger entschuldigte sich bei Opfern des Nationalsozialismus. Zugleich nahm er Filbinger aber erneut in Schutz.

„Es war nie meine Absicht, die Verfolgten und die Opfer zu verletzen. Sollte das geschehen sein, tut es mir leid. Und dafür entschuldige ich mich auch“, sagte Oettinger gegenüber der „Bild“-Zeitung. Er erklärte, er habe nicht beabsichtigt, den Schrecken des „Dritten Reichs“ zu verharmlosen. Er bedauere es sehr, dass dies in der Öff-

entlichkeit so interpretiert worden sei.

„Betroffen macht mich, wie mir unterstellt wird, ich hätte Hans Fil-

„Ministerpräsident Oettinger will am äußersten rechten Rand fischen“

SPD-Chef Kurt Beck

binger zum Widerstandskämpfer erklärt“, sagte Oettinger. „Er war es nicht, und ich habe das nie behauptet.“

Für ihn sei Filbinger ein „zutiefst christlicher und konservativer Mensch mit einer belegbaren inneren Distanz zum NS-Regime“ gewesen, sagte Oettinger. „Ich glaube übrigens, man sollte einen Menschen nicht sein Leben lang für Fehler verurteilen, die er möglicherweise als junger Mensch in diesem grausamen System gemacht hat.“

SPD und Grüne wiesen Oettingers Erklärungen als unzureichend zurück. SPD-Chef Kurt Beck warf Oettinger vor, am äußersten rechten Rand zu fische“ und forderte eine Richtigstellung. Der Zentralrat der Juden in Deutschland verlangte Oettingers Rücktritt. dpa

DOKUMENTATION

Offener Brief

Vor seiner Entschuldigung hat Oettinger am Wochenende einen „Offenen Brief an die Kritikerinnen und Kritiker“ seiner Filbinger-Rede geschrieben. Darin heißt es unter anderem:

„Die Rede war in erster Linie an die Familie des Verstorbenen und an die Trauergemeinde, darunter eine große Zahl von langjährigen Freunden, gerichtet. Es gehört in unserem Kulturkreis zu den üblichen Gepflogenheiten einer Trauersprache, Verdienste und das

Lebenswerk des Verstorbenen positiv zu würdigen und ihm die schwierigen Phasen seines Lebens – ohne sie zu verschweigen – nicht nachzutragen.“

In Teilen der Öffentlichkeit wird mir vorgeworfen, dass ich durch meine Ausführungen zum Leben des Verstorbenen die schreckliche Nazidiktatur in irgendeiner Weise relativieren wollte. Dies entspricht nicht meiner inneren Haltung und auch nicht der Intention meiner Rede. Ein solcher Eindruck war

von mir in keiner Weise gewollt. Soweit Missverständnisse entstanden sind, bedauere ich dies.“

Für die Landesregierung, für die CDU und für meine Person bleibt es eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns zu unserer historischen Verantwortung bekennen. In unserem Land werden die Opfer des Dritten Reiches, der Widerstand gegen den Nationalsozialismus und die generelle Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht vergessen.“ dpa

Sanierung der Finanzen hat Vorrang

Der CDU-Finanzexperte und Bundestagsabgeordnete Jochen-Konrad Fromme (Salzgitter-Wolfenbüttel) warnt vor Leichtsinns in der Haushaltspolitik. Mit ihm sprach Christian Kerl.

Unter der Kuppel
Unsere Vertreter
in Berlin

Herr Fromme, angesichts der guten Konjunktur entfacht der Wirtschaftsminister eine Debatte über Steuersenkungen, andere in der Koalition fordern neue Ausgaben. Was ist drin?

Wir freuen uns über die gute Konjunktur und die verbesserten Einnahmen von Steuern und Sozialabgaben. Aber das darf uns nicht leichtsinnig machen. Nach wie vor muss das Ziel sein, die Haushalte zu sanieren. Das muss Leuchtturm der Unionspolitik bleiben. Nur geordnete öffentliche Finanzen sind Grundlage einer langfristig guten Wirtschaftsentwicklung.



Jochen-Konrad Fromme

Wo stehen wir?

Im laufenden Bundeshaushalt haben wir etwa 270 Milliarden Euro Ausgaben, aber nur 230 Milliarden Euro Steuern und laufende Einnahmen – wir geben also 40 Milliarden mehr aus als wir haben. An dieser Struktur ändern auch die 10 Milliarden Euro Mehreinnahmen nichts, die jetzt erwartet werden. Denn denen stehen Risiken in ähnlicher Höhe vor allem im Zusammenhang mit Hartz IV gegenüber.

Auch nicht für Kinderkrippen, wie es jetzt diskutiert wird?

Unter der Finanzprämisse gilt: Das geht nur, wenn wir das Geld anderswo einsparen. Wir dürfen die Trendwende nicht verspielen.

Trotzdem stellt der Wirtschaftsminister Steuersenkungen in Aussicht für die nächste Wahlperiode. Sind denn bis dahin die Haushalte saniert?

Das würde voraussetzen, dass wir die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben noch stärker schließen – auch durch weitere Sanierungsmaßnahmen. Das müssen gar nicht immer Einsparungen durch Leistungsverlechterungen für den Bürger sein. Wir müssen uns vielmehr um den Abbau von Doppelverwaltungen, von überflüssiger Bürokratie kümmern. Dann kommen wir dem Sanierungsziel schneller näher. Wenn der Haushalt saniert ist, ist es Unionspolitik, die Steuern zu senken. Im Augenblick sehe ich dazu keinen Spielraum.

Erdogan wirbt bei Merkel für EU-Beitritt

Türkischer Ministerpräsident auf der Hannover Messe: Die Türkei kommt nicht als Bittsteller nach Europa

HANNOVER. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hat sich gestern Abend bei einem Treffen mit Kanzlerin Angela Merkel für einen EU-Beitritt seines Landes stark gemacht.

Bevor beide gemeinsam die Hannover Messe eröffneten, sagte Erdogan, die Türkei habe ein enormes Potenzial und komme nicht, um Last zu sein, sondern um Lasten zu tragen. Die Türkei habe zahlreiche wichtige Reformen vollzogen. Die Wirtschaft sei offener und liberaler geworden und bilde einen belebenden Faktor der europäischen Wirtschaft. Die Türkei ist mit 276 Ausstellern Partnerland der Hannover Messe.

Die Bundeskanzlerin erklärte, sie werde sich für Fortschritte bei den Verhandlungen über eine EU-Mitgliedschaft einsetzen. „Es steht zu erwarten, wenn die Dinge sich gut entwickeln, dass während der deutschen Ratspräsidentschaft wahrscheinlich zwei weitere Kapitel eröffnet werden können“, sagte sie. „Wir werden nach vorne gucken.“ Es handle sich bei den Beitrittsverhandlungen um einen langen Prozess, der ergebnisoffen sei.

Erdogan steht in seiner Heimat unter starkem Druck. Am Wochenende hatten in Ankara Hunderttau-

sende gegen eine Kandidatur von Erdogan für das Amt des Staatspräsidenten demonstriert. Sie schwenkten türkische Flaggen und riefen „Wir wollen keinen Imam zum Prä-



„Die Türkei kommt nicht, um Last zu sein, sondern um Lasten zu tragen“

Recep Tayyip Erdogan

sidenten“ und „Die Türkei wird säkular bleiben“.

Erdogan von der religiösen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung

(AKP) hat seit seinem Amtsantritt immer wieder das Misstrauen der weltlicher Kräfte auf sich gezogen. So wandte er sich gegen das Kopftuch-Verbot in Schulen und öffentlichen Gebäuden und versuchte, aufrührerliche Affären unter Strafe zu stellen. Letzteres musste er allerdings unter dem Druck der Europäischen Union zurücknehmen. Am Donnerstag hatten sich die türkischen Streitkräfte vehement für einen säkular orientierten Nachfolger von Staatspräsident Ahmed Necdet Sezers ausgesprochen, dessen Amtszeit im Mai endet. dpa/red